

# Jeder kann „natürlich auch Kritik“ beisteuern

Taz  
8.9.89

Informationsabend der Kieler Landesregierung zur größten bebauten Mülldeponie in Barsbüttel frustriert die Eigenhelmbesitzer / Betroffene wollen als Menschen statt als Präzedenzfall behandelt werden / „Sonst seid ihr für uns auch nur politische Schwätzer!“

■ taz. Ein Einunddreißiger in Schlips und Kragen bringt die Sache auf den Punkt: „Wir fordern konkrete Aussagen. Sonst seid ihr für uns nur politische Schwätzer.“ Tosender Beifall bekräftigt seine Worte, die Stimmung droht umzukippen am Mittwochabend im Rathaus von Barsbüttel. Rund 300 BürgerInnen sind gekommen zu einem Informationsabend der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung zur „Altlast 78“, der größten bebauten Mülldeponie der Bundesrepublik. Aber Informationen will niemand haben.

Staatssekretär Klaus Gärtner vom Finanzministerium, der Versammlungsleiter, ist der Verzweiflung nahe: „Lassen Sie doch diese halbe Stunde über sich ergehen“, bittet er. Danach könne jeder im Saal weitere Details, Anregungen und „natürlich auch Kritik“ beisteuern. Denn das Anliegen des Engholm-Kabinetts sei es, „mit Ihnen einen Konsens über die Entscheidungsgrundlagen herzustellen“. Doch die Geduld der BürgerInnen ist erschöpft. „Wir haben keinen Bedarf nach noch einem Gespräch über technische Einzelheiten“, stellt Heidi Witt, Sprecherin der „Betroffenenengemeinschaft 78“ klar. „Hier geht es um Menschen, ihre Ängste und Probleme, und um die Gefahren, die sie bedrohen“.

Die Sprachlosigkeit zwischen BürgerInnen und Regierung ist eklatant an diesem Abend in Bars-

büttel. Alle kennen bereits die neuesten Untersuchungsergebnisse, seit Wochen hängen Landkarten im Rathaus aus, auf denen Bohrpunkte, Meßergebnisse, mögliche Deponiegrenzen eingezeichnet sind. Alle wissen um die offensichtlichen Folgen: Im eigenen Haus fallen regelmäßig die Kacheln splitternd von der Wand, weil das Haus sich senkt, bei Nachbar X stand kürzlich der Keller unter Wasser, weil die Abwasserleitung direkt an der Hauswand gebrochen war, bei Nachbar Y wurde Methangas im Keller nachgewiesen, das durch Risse im Fundament aus der Deponie ins Haus gedrungen ist. Nein, sie wollen keine weiteren Detailinformationen, es interessiert sie nicht, ob die Deponiegrenze aus fachlicher Sicht exakt unter dem Garten von Nachbar Z verläuft oder zwei Meter weiter links oder rechts.

Sie wollen weg hier aus der Siedlung Ellerhoop, in die sie vor nicht einmal zehn Jahren eingezogen sind, nicht ahnend, daß die Reihenhäuser auf Gift gebaut sind. Sie wollen weg hier, weil sie Angst haben vor dem Müll der frühen Jahre, den Beiersdorf, Boehringer, Norddeutsche Affi und andere jahrzehntelang in die ehemalige Kiesgrube gekippt haben, die 1977 bedenkenlos zum Baugebiet erklärt wurde.

Sie wollen weg hier, weil sie Angst haben vor der Zeitbombe unter ihren Häusern, deren Gefährlichkeit niemand einschätzen kann, weil



Ach, wär' der Dreck bloß Hundescheiße...!

sich kein Experte traut, das Deponiezentrum anzubohren, solange in der Nähe noch Menschen wohnen. Sie wollen weg hier, weil die Häuser keinen roten Heller mehr wert sind, weil sie kaum noch in Urlaub zu fahren wagen aus Angst, in ihrer Abwesenheit könnte das Gasrohr brechen und einen Trümmerhaufen

zurücklassen.

Sie wollen genauso weg hier wie die 162 Familien im Südtail des Geländes, denen die Regierung Barschel kurz vor der Landtagswahl 1987 die Häuser abkaufte, weil sie „zweifelsfrei“ auf der Deponie wohnten. Sie wollen nicht länger als „Anrainer“ gelten, sie wollen

Gleichbehandlung. Und sie wollen, daß Ministerpräsident Engholm, Umweltminister Heydemann, SPD-Landeschef Walter und der örtliche Landtagsabgeordnete Schulz jetzt einlösen, was sie damals im Wahlkampf versprochen: die Umsiedlung aller Betroffenen.

Sie wollen jetzt keinen Vortrag

hören über Auffüllungsmöglichkeiten, Geschiebemergellagen, Abtäufungen und Signifikanzen, den der Leiter des Geologischen Landesamtes vorbereitet hat. Sie hören sich die Ausführungen dann trotzdem an, voller Ungeduld, kommentieren sie mit höhnischem Lachen und zynischen Zwischenrufen. Und stellen immer wieder dieselbe Frage: „Was heißt das nun für uns? Kauft ihr oder nicht?“

Staatssekretär Gärtner ist nach mehr als drei Stunden mit den Kräften am Ende. Er werde das alles dem Kabinett vortragen, Anfang Oktober solle die Entscheidung fallen, wobei die Regierung natürlich die Bedeutung eines möglichen Präzedenzfalls berücksichtigen müsse. Ein schwerer Fehler, wie die Pfiffe und Buh-Rufe zeigen. Vor ihm sitzen Betroffene, die als Menschen betrachtet werden wollen, nicht als Präzedenzfall. Sie wollen nicht ein nach sorgfältigem Erwägen und unter Berücksichtigung aller entscheidungsrelevanten Umstände ergangenes Urteil entgegennehmen, sie wollen erlöst werden. Ein Redner, der nicht zu den direkt Betroffenen gehört, spricht aus, was alle denken: „Es kann nur eine Lösung geben, eine großzügige. Kauft lieber drei Häuser zuviel als fünf zuwenig. Das kann keine finanzielle Frage sein, das ist eine Frage eurer politischen Glaubwürdigkeit.“

Sven-Michael Veit

foto: henning schoiz